

(Vizepräsident Schmidt)

(A)

NEN-Fraktion. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Somit ist der Antrag gegen die Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6406. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 06 gegen die Stimmen der CDU, F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe Nummer 7 auf:

#### Einzelplan 04: Justizministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6404 und auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6454.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Dr. Hahn das Wort für die CDU-Fraktion.

(B)

Abgeordneter Dr. Hahn (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Justiz ist ins Gerede gekommen, die Justiz steht vor dem Kollaps, Justiz am Rande des Infarkts, Justitias Mühlen mahlen noch langsamer - dies sind Schlagzeilen, aus der jüngsten Zeit. Die Kritik, die hier geübt wird, stimmt mit den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger überein, die ihr Recht suchen und die sich der Justiz anvertrauen.

Ein unverdächtig Zeuge, der frühere Präsident des Oberlandesgerichts Düsseldorfs, Herr Dr. Wiesen, hat diesen Kollaps ebenfalls bestätigt und darüber hinaus gemahnt, daß die Büroorganisation der Justiz dringend reformiert werden müsse.

Das Vertrauen des Bürgers hängt nicht nur davon ab, ob er Recht bekommt, sondern auch davon, wann er Recht bekommt. Wer Jahre braucht, um seine Baugenehmigung für sein Haus einzuklagen, dem sind, wenn sie dann kommt, die Preise davongelaufen. Der Handwerksmeister, dessen Klage gegen einen Steuerbescheid nach fünf Jahren entschieden wird, kann bis dahin ruiniert sein. Das Sicherheitsbedürfnis der

(C)

Bürgerinnen und Bürger wird über die Maßen strapaziert, wenn der Verbrecher, der sich wegen versuchten Totschlags zu verantworten hat, deswegen aus der Untersuchungshaft entlassen wird, weil eine Anklage oder ein Urteil nicht rechtzeitig ergehen kann. Oder der Angeklagte, der erst nach Jahren von einem ungerechtfertigten Verdacht freigesprochen wird, kann bis dahin Arbeit, Freunde und Familie verloren haben.

Die Ursachen für diese unhaltbare Situation: zu wenig Personal im mittleren Dienst und im Schreibdienst, eine miserable Büroausstattung der Justiz und eine chaotische Organisation. Es wäre sicherlich sehr einfach, sich hier hinzustellen und zu sagen: Wir brauchen mehr Richter- und Staatsanwaltsstellen. Wir alle wissen, daß der Landeshaushalt dies nicht hergibt, obwohl Richter und Staatsanwälte bis an die Grenze des Belastbaren gefordert sind.

Das Problem ist, daß die automatische Datenverarbeitung bei der Justiz noch in den Kinderschuhen steckt. Es wird noch mit alten Registern wie vor 50 Jahren gearbeitet. Die PC's laufen noch nicht. In der größten Verfolgungsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen, der Staatsanwaltschaft Köln, gibt es ein Faxgerät. Die Justiz ist um Jahre zurück. Mechanische Schreibmaschinen sind in den Büros noch in Betrieb. Oftmals dauert es bis zu einem Monat, bis ein Brief in der Kanzlei geschrieben wird und dann verschickt werden kann. Es werden Termine vor Gericht deswegen aufgehoben, weil Ladungen nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht herausgegangen sind. Es wäre einmal interessant zu wissen, wie viele Gerichtstermine im Lande aufgehoben werden müssen, weil Ladungen nicht rechtzeitig erfolgen.

(D)

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Da gibt es keine Statistik, weil es nicht genug EDV-Geräte gibt, um das festzustellen!)

- Das ist eine richtige Bemerkung, Herr Lanfermann, aber ich möchte solch eine Frage auch nicht gern stellen, weil das - vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit - so viele Kräfte bindet, die dann wiederum der Justiz verlorengehen.

Aber die Abläufe insgesamt, die Geschäftsstellenorganisation, der Schreibdienst, alles dies klappt nicht. Die Wege sind zu lang. Wer eine Behörde oder

(Dr. Hahn [CDU])

(A)

ein Gericht betritt, hat den Eindruck, daß dort permanent umgezogen wird. Die Aktenwagen, mit denen die Akten von einer Stelle zur anderen gekarrt werden, sind ständig unterwegs.

Der Justizdienst ist unattraktiv: schlechte Bezahlung, miserable Arbeitsbedingungen. All dies führt dazu, daß im mittleren Dienst eine Abwanderung erfolgt und Nachwuchsprobleme bestehen. Gute Kräfte gehen weg in andere öffentliche Verwaltungen oder in die Wirtschaft. Der "Spiegel", dem ich in diesem Punkt einmal ausdrücklich Recht geben muß, spricht davon, daß die Justiz an ihrem Armenhausimage krankt.

Die Bürokratie in der Justiz abzubauen, würde in vielen Fällen auch überhaupt kein Geld kosten, sondern Ressourcen freimachen, die heute nicht vorhanden sind. Ein Beispiel ist das Berichtswesen der Justiz. Ich will dieses Berichtswesen nicht attackieren; es muß sein. Der Minister muß über wichtige Strafverfahren im Lande informiert werden. Aber wie dieses Berichtswesen funktioniert, das ist allerdings der Kritik würdig. Wenn der ausgebildete Volljurist einen Bericht fertigt, dann geht dieser Bericht über den Schreibtisch seines Abteilungsleiters - und des Hauptabteilungsleiters in einer großen Behörde -, der Behördenleiter zeichnet ihn, dann geht er zur Mittelinstanz, dort wiederholt sich dasselbe Spiel, bis er schließlich im Ministerium angekommen ist - und manchmal für den inhaltsschweren Satz: Die Ermittlungen dauern an; ich werde weiter berichten.

(B)

Meine Damen und Herren, ich nehme Sie nicht auf den Arm; dies ist tägliche Praxis in Nordrhein-Westfalen. Ich frage mich: Welches Wirtschaftsunternehmen könnte sich so etwas erlauben? Es wäre innerhalb kürzester Zeit pleite. Die Personalressourcen, die hier verschwendet werden, könnten in der Tat anderswo sehr viel besser eingesetzt werden. Und wenn man dies täte, dann könnten die Belastungen der Richter und Staatsanwälte in diesem Lande erheblich verringert werden. Ich bin der Auffassung, daß hier dringender Reformbedarf besteht und daß dies kein Geld kostet, sondern daß dies Geld einbringt.

Meine Damen und Herren, mit der von mir beschriebenen Organisation und mit diesen Geschäftsabläufen will man die organisierte Kriminalität bekämpfen, will man Profis hinterherjagen, will man die Drogenmafia

bekämpfen, will man Terroristen und die Wirtschaftskriminalität bekämpfen. Es ist wie das aussichtslose Rennen eines Trabi gegen einen Porsche.

(C)

Diese unhaltbare Situation ist ebenfalls im Strafvollzug zu sehen. Die Justizvollzugsanstalten sind zu 20 bis 30 % überbelegt. Eine hohe Anzahl von Drogenabhängigen ist in den Justizvollzugsanstalten inhaftiert. Es gibt zu wenig Personal, insbesondere auch zu wenig Bewährungshelfer. Die Resozialisierung ist auf diesem Wege kaum zu verwirklichen. Wir haben den Antrag gestellt, dem Verein "Maßstab e. V." mit 280 000 DM die Möglichkeit zu geben, die Resozialisierung Straffälliger zu verwirklichen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Wir haben auch Teildeckungsvorschläge, und zwar im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, unterbreitet. Auch dies ist abgelehnt worden. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN, der heute aktuell ist und über den abgestimmt wird, aus dem Grunde, weil er inhaltlich unserem eigenen Antrag entspricht, zustimmen.

Resozialisierung für alle ist indessen der falsche Weg. Wir haben darauf bereits hingewiesen. Es gibt einen Teil resozialisierungsunwilliger Täter, die schwerste Straftaten im Hafturlaub begehen. Es gibt spektakuläre Ausbrüche aus Justizvollzugsanstalten und Geiselnahmen, z. B. in der Vollzugsanstalt Werl.

(D)

Die Landesregierung kennt die brisante Situation in der Justiz und im Vollzug. Ihre Konsequenz war Flickschusterei. Wir haben eine Bestandsaufnahme, ein Gesamtkonzept und die Umsetzung dieses Konzeptes gefordert. All dies ist nicht erfolgt. Wir werden deshalb dem Einzelhaushalt 04, dem Justizhaushalt, nicht zustimmen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Kollege Dr. Hahn. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mayer das Wort.

Abgeordneter Mayer (Düsseldorf) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Hahn, ich weiß nicht, ob wir der Sache, der wir im Rechts-

(Mayer [Düsseldorf] [SPD])

(A)

ausschuß dienen, einen besonderen Gefallen erweisen, wenn wir mit einer Art Rundumschlag alles mit dem, was in dem einen oder anderen Fall sicher schon einmal heftig zu kritisieren ist, auf eine Stufe setzen. Ich glaube: ganz gewiß nicht. Denn wenn man diejenigen, die mit sicherlich wenig Personal und noch nicht den technischen Mitteln, die wir alle fordern - ich glaube, darüber gibt es innerhalb des Ausschusses kaum einen Dissens -, auskommen müssen, das bescheinigt, was durch die Medien oft geschieht, daß sie nicht arbeiteten, daß sie faul und schlampig arbeiteten

(Zuruf)

- das haben Sie nicht gesagt; ich habe ausgeführt, was die Medien manchmal berichten -, tut man den Leuten, die innerhalb der Justiz ihren Dienst verrichten, nicht nur keinen Gefallen, sondern es stimmt einfach nicht. Man kommt dann in die Gefahr, daß bei solchen Rundumschlägen das Verständnis der Bürger unseres Landes für die Justiz überhaupt in Gefahr gerät. Ich würde das also so nicht sehen wollen.

Sie haben Herrn Dr. Wiesen - ich hätte ihn gar nicht erwähnt, Sie haben es aber getan - genannt; er hat bei seinem Abschied ja eine große Presse gehabt. - Als Düsseldorfer muß ich Ihnen dazu sagen: Er war lange in Amt und Würden. Und wenn es in seinem Hause nun alles so wahnsinnig furchtbar, wie er es geschildert hat, gewesen wäre, dann hätte man im Laufe der Jahre, die er seine Funktion ausgeübt hat, daran auch einiges tun können. Nun, wie dem auch sei!

(B)

Wir haben im Haushalt - darüber haben wir auch im Ausschuß gesprochen - für 1994 eine stolze Summe in bezug auf Geräte und Materialien. Wenn ich es richtig verfolgt habe, sind es ca. 35 Millionen DM, die 1994 für ADV-Investitionen zur Verbesserung der Arbeitsplätze des Schreibdienstes usw. eingesetzt werden sollen. Ich will damit nur sagen, daß man auf dem besten Wege ist; es muß noch sehr viel mehr geschehen.

Wir wollen das Ganze auch kritisch begleiten; das ist gar keine Frage. Wir wollen uns keine Lobhudelei unterstellen lassen. Aber insgesamt muß man trotz allem das würdigen, was denn da ist.

(C)

Wir wissen alle miteinander, daß es erhebliche Probleme gibt.

Wir wissen, daß - das haben wir uns berichten lassen - aufgrund von umfangreichen Hilfeleistungen zugunsten der neuen Länder nach wie vor viel Personal gebunden ist.

Wir wissen, daß sowohl bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit als auch bei den Staatsanwaltschaften erhebliche Neueingänge mit steigender Tendenz registriert werden. Das hat viele, sicherlich auch aus der heutigen Zeit entspringende Gründe.

Wir wissen um die wachsende organisierte Kriminalität. Wir wissen von einer erhöhten Anzahl von Strafkammerverfahren etc. All das ist uns ja nichts Neues.

Und wir wissen auch, daß bei steigenden Gefangenzahlen die Klientel, um die es sich dreht, immer schwieriger wird. Das heißt, daß wir, soweit wir es ermöglichen können, Personen, die nur für eine gewisse Zeit einsitzen müßten, nicht mehr inhaftieren. Was dann aber bleibt, ist bestimmt nicht der einfache Teil der Gefangenen, sondern der schwierige. Dementsprechend wird es dann auch ab und zu zu Vorfällen kommen, die unliebsam sind.

(D)

Was die Struktur des Einzelplans 04 mit einem Volumen von 3,6 Milliarden DM angeht, so muß man immer berücksichtigen, daß fast 73 bis 74 % für Personalkosten veranschlagt sind. Das macht deutlich, wie schwer es ist, im Sachkostenbereich zu geeigneten Deckungsvorschlägen für all die an sich wünschenswerten Dinge zu kommen, im Hinblick auf die wir uns ja, so meine ich, gar nicht groß unterscheiden.

Die SPD-Fraktion hat keine Anträge gestellt. Denn es hat für uns keinen Sinn, wenn wir nach außen sagen und dokumentieren, daß aufgrund der Schwierigkeiten des Haushalts alles sehr eng gefahren werden müsse, das dann aber in unserem persönlichen Bereich, für die Stellen in dem Bereich, für den wir Verantwortung tragen, wie hier den der Justiz, nicht gelten lassen und sagen: Hierfür müssen wir sehr viel Geld haben, müssen wir sehr viel Geld investieren - obwohl niemand weiß, woher es denn kommen soll.

(Mayer [Düsseldorf] [SPD])

(A)

Ich will ein Beispiel herausnehmen, weil Sie es hier erwähnt haben; wir haben uns sehr eingehend damit befaßt, und die GRÜNEN haben es hier als Antrag eingebracht: Es geht um den Antrag, dem Kölner Verein Maßstab e. V., der sich um die Resozialisierung Straffälliger bemüht, den von ihm beantragten Zuschuß von DM 200 000 in 1994 und von 350 000 jährlich ab 1995 durch entsprechende Aufstockung zu gewähren.

Wir sind nicht gegen diesen Verein; das brauche ich Ihnen sicherlich nicht zu versichern. Wir sind auch überhaupt nicht gegen diese Beratungsstellen: Wir haben im Lande Nordrhein-Westfalen vier Stück. Aber der Punkt ist einfach der, daß wir diese vier Stellen, die wir nach vielen Mühen so im Haushalt verankert haben, daß sie keine Einrichtungen auf Probe mehr sind, daß sie echter Bestandteil der Justizpolitik sind, in Gefahr brächten, täten wir in diesem Haushalt ein Zusätzliches. Wir haben uns sehr eingehend damit befaßt, sind aber der Meinung, daß es für den Haushalt 1994 bei den Beratungsstellen für Straffentlassene in Düsseldorf, Hagen, Duisburg und Gelsenkirchen bleiben sollte, sind aber gleichwohl der Meinung, daß im Zusammenhang mit dem nächsten Haushalt - und zwar im Vorfeld und nicht erst dann, wenn der Haushalt bereits festgezurrt ist - sehr ernsthaft über Köln und speziell über diesen Verein, der wirklich nachweisbar sehr viel Positives tut, diskutiert werden sollte; wir alle haben die Schreiben dieses Vereins bekommen; wir dürfen es nicht wieder beiseite schieben. Aber im Haushalt 1994 war es eben nicht möglich.

(B)

Ich will noch ein paar Takte zum Stellenbereich sagen. Man muß als herausragende positive Änderung innerhalb des Einzelplans 04 die mit dem Haushaltsgesetz vorgenommene Befreiung der Justizvollzugseinrichtungen von der Stellenbesetzungssperre anerkennen. Das ist längst nicht normal; in vielen anderen Haushalten war das nicht zu erreichen. Hier ist es erreicht worden. Damit stehen im nächsten Haushaltsjahr 250 Stellen zusätzlich für Vollzugseinrichtungen zur Verfügung. Auch darin zeigt sich, daß Nordrhein-Westfalen weiterhin konsequent die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung des vor einem Jahr geschlossenen Asylkompromisses schafft.

(C)

Für eine sparsame Verwendung des für die Abschiebehaft in Betracht kommenden staatlichen personellen Potentials aus dem Bereich des Vollzuges von Straf- und Untersuchungshaft sorgt das vom Justizminister dieses Landes erstmals gewählte, inzwischen bundesweit auf Interesse gestoßene Modell des Einsatzes von privaten Wachmannschaften im Rahmen der Abschiebehaft. Lediglich das hoheitliche Handeln während der Abschiebehaft muß von Justizvollzugsbeamten wahrgenommen werden.

Wir werden sehr darauf achten, daß von Privaten wirklich nur Tätigkeiten vollzogen werden, in deren Zusammenhang keine hoheitsrechtlichen Aufgaben bestehen.

Wir denken auch nicht daran - damit möchte ich schließen -, etwa nach dem Vorbild der USA über die Abschiebehaft hinaus den Strafvollzug von privaten Unternehmen oder deren Personal durchführen zu lassen. Das hat, wie ich meine, aber auch der Justizminister in dankenswerter Art und Weise vor dem Ausschuß bestätigt.

Wir Sozialdemokraten werden dem Haushalt 04 zustimmen und sagen Ihnen in bezug auf die Anträge, die Sie gestellt haben, zu, daß wir uns damit sehr intensiv in den nächsten Haushaltsberatungen befassen werden. - Danke schön.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Mayer. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Lanfermann.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Schultz-Tornau hat vorhin für die Sprecher für Wissenschaft und Forschung reklamiert, sie würden schon nach Sandmännchenzeit sprechen. Was soll die Justiz sagen, wenn wir hier noch post Sandmännchen unsere Pflichtübungen machen müssen? Das Verfahren ist wirklich sehr zu kritisieren.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Herr Lanfermann, Sie sind der Abendkrimi!)

(Lanfermann [F.D.P.]

(A)

- Von Ihnen lasse ich mich heute überhaupt nicht stören, Herr Appel.

Ich möchte am Anfang gleich etwas zu dem Antrag sagen, der den Verein Maßstab anspricht. Wir haben auch sehr viel Sympathie für diesen Antrag, haben aber, wie ich im Rechtsausschuß schon gesagt habe, die Vorstellung, daß wir das gesamte Paket dieser Art von Betreuungs- und Resozialisierungsmaßnahmen auf den Prüfstand stellen. Deswegen war ich auch der Meinung, daß wir uns Anfang des Jahres im Rechtsausschuß umfassend mit dem Thema auseinandersetzen und dann vielleicht auch die Strukturen für die Zukunft einziehen sollten.

Von daher werden wir uns heute bei dem Antrag enthalten. Es macht wirklich keinen Sinn, jetzt in letzter Minute noch Gelder zu bewilligen, zumal darauf hingewiesen wurde, daß die bisherigen vier Stellen etwas ungleich über das Land verteilt sind. Auch da gibt es noch das Problem, vielleicht für etwas Ausgleich für den westfälischen Raum zu sorgen. - Das vorneweg.

Der Oberlandesgerichtspräsident, der vor einigen Wochen ausgeschieden ist, ist von Ihnen angesprochen worden, Herr Kollege Mayer. Natürlich kommt einem der Gedanke: Warum hat er das nicht früher gesagt? Aber man muß eben wissen: In der Justiz gehen die Uhren sehr langsam, alles dauert seine Zeit, manche Dinge müssen reifen. Auch die Kritik gegenüber einem Minister braucht eine gewisse Vorbereitung. Das heißt aber nicht, daß er unrecht gehabt hätte, auch wenn er ein so höflicher Mann war, daß er bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gewartet hat.

(B)

Aber ganz im Ernst! Sie haben die EDV schon angesprochen. Hier ist ein Punkt - nicht nur was die EDV, auch was die gesamten Betriebsabläufe in der Justiz angeht -, den wir schon mehrfach kritisiert haben. Die Summen sind natürlich beständig gewachsen, auch weil man viel zu spät und mit viel zu geringen Beträgen angefangen hat. Sie reichen nicht aus.

Wenn es tatsächlich so ist, daß ein Richter im Schnitt zwei Jahre warten muß, bis ihm ein Computer zur Verfügung gestellt wird, dann kann das wohl nicht der Sinn einer vernünftigen EDV-Ausstattung sein,

(C)

weil man dadurch andererseits auch wieder Geld und Zeit einsparen würde.

Es gibt noch weitere Negativbeispiele, gerade was die EDV angeht. Ich habe hier vor einiger Zeit schon einmal daran erinnert, daß seit geraumer Zeit - das sind jetzt insgesamt schon Jahre - die Frage der Umstellung der Mahnbescheide auf EDV ein großes Problem ist. Das ist dann mehr schlecht als recht durch die Konzentration in Hagen gelöst worden, zunächst für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm und dann für den Oberlandesgerichtsbezirk Köln. Dann ist das ganze System zusammengebrochen; es ist ja auch veraltet. Schließlich hat man es wieder hinbekommen.

Wir erhalten aber Schreiben von Anwälten und Parteien aus dem ganzen Lande, daß es Wochen, ja Monate dauert, bis sich ein Mahnbescheid auf den Weg zum Schuldner macht. Dadurch entstehen auch große Verluste. Es sind nicht nur die Großeintreiber, sondern auch kleine Eintreiber, bei denen es auf einzelne Rechnungen ankommt, die dann gleich zum Gericht gehen und Klage erheben, was nicht der Sinn der Sache ist.

So erleben wir es jetzt, daß die ersten schon aus Düsseldorf abzurwandern beginnen, soweit es um die Erstellung von Mahnbescheiden geht. Alle Versuche, das Justizministerium aufzufordern, sich doch einmal mit den Privaten zusammzusetzen, die selbst ein Interesse daran haben, daß das funktioniert, haben nichts gefruchtet. Die Angebote sind nicht angenommen worden. Es hat jetzt so lange gedauert,

(D)

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Es dauert noch ein paar Jahre!)

daß Mahnbescheide nun außerhalb von Düsseldorf, ja außerhalb von Nordrhein-Westfalen beantragt werden. Das kostet Millionen, meine Damen und Herren. Der Justiz gehen Millionen an Einnahmen verloren, weil es durch die Nichtumstellung der Mahnbescheide im OLG-Bezirk Düsseldorf immer noch so lange dauert, daß die Leute nach auswärts abwandern. Das ist ein Punkt, bei dem man auch einmal an die Einnahmenseite der Justiz denken muß. Wir kommen darauf zu späterer Gelegenheit noch einmal zurück.

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

Meine Damen und Herren, ich will zum Vollzug gar nicht mehr soviel sagen. Wir haben schon einiges gehört. Wir wissen, daß auch hier durch die Überfülle in den geschlossenen Anstalten ein Problem immer stärker wird. Wir haben diesen Punkt vor kurzem noch anhand zweier Anträge ausgiebig behandelt. Ich darf auf das verweisen, was ich damals zu diesem Punkt gesagt habe.

Ich möchte aber auch noch auf den Punkt hinweisen, daß sich eine Befürchtung bestätigt hat. Ich bin zuletzt noch mit dem einen oder anderen Fall konfrontiert worden, daß von Menschen, die nur ganz kurzfristige Freiheitsstrafen absitzen müssen, jetzt gerade aus dem Ruhrgebiet heraus lange Wege zu fahren sind; das gilt insbesondere für diejenigen, die ab und zu einmal nach Hause können.

Die müssen jetzt tatsächlich ins Ostwestfälische, weil man im gesamten Ruhrgebiet als dem größten Bal-lungszentrum keine oder am Rande nur zu wenige offene Haftplätze hat. Wir erinnern uns an die Ge-schichte mit der Schließung des Vinckehofes. Jetzt sind genau die befürchteten Folgen eingetreten.

(B) Bei allem Verständnis dafür, daß man konzentrieren will oder muß, Mittel sinnvoll und sparsam einsetzen muß, stellt sich hier doch die Frage: Warum hat man hier ausgerechnet die Mitte oder den bevölkerungs-mäßigen Kernbereich des Landes so sträflich vernach-lässigt und ihn so viel schlechter gestellt?

(Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜ-NE])

Wegen der fortgeschrittenen Zeit will ich nur noch einmal kurz darauf zu sprechen kommen, daß es nicht angeht, daß auf dem schwierigen Feld des Maßregel-vollzuges die Defizite, die es offensichtlich gibt, immer wieder nur hin- und hergeschoben werden. Es ist eine elende Geschichte, daß die Verantwortlich-keiten zwischen dem Arbeits- und Sozialminister auf der einen Seite und dem Justizminister auf der anderen Seite immer wieder nur hin- und hergeschoben wer-den.

(Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.]

(C) Wir haben Menschen im Maßregelvollzug, die dort nicht therapiefähig sind. Letztlich gehören die dort so nicht hinein, weil es im übrigen auch zu teuer ist.

Dann haben wir Menschen in den Haftanstalten, die eher einer speziellen Betreuung bedürften, die - statt eines Teils derer, die jetzt dort sind - diese Plätze eher einnehmen könnten .

Daß es nicht möglich sein soll, dies ein bißchen fle-xibler zu gestalten, was auch in der Summe nicht teurer würde, hier diese harte Weigerung besteht, im Rahmen des normalen Vollzuges vielleicht an der einen oder anderen Stelle doch eine besondere Ab-teilung einzurichten, in der zwar eine Betreuung noch gewährleistet ist, aber nicht zu den Bedingungen und horrenden Kosten, die - das muß man einmal ganz offen sagen - im Maßregelvollzug bestehen, will mir einfach nicht einleuchten. Das kann nicht damit erle-digt werden, daß es immer von einem Ministerium zum anderen geschoben wird.

Herr Minister, die kurze Zeit Ihrer Doppelherrschaft über beide Häuser hat leider auch keinen Fortschritt gebracht.

(D) Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das ein bißchen in die Vergangenheit und vielleicht auch ein wenig in die Zukunft weist. Da ist zum einen die EDV-Modernisierung, die schon angesprochen wor-den ist. Man könnte jetzt auch zum anderen über die Gutachten sprechen, die vorliegen. Das gäbe eine Lachnummer, wenn man nur die entsprechenden Seiten aus dem Gutachten über die Wanderung einer Akte beschreiben bei einem normalen Bearbeitungs-vorgang im Amtsgericht vorlesen würde. Das würde Sie wirklich alle sehr erheitern. Wir werden das bei späterer Gelegenheit vielleicht doch noch einmal erleben.

Herr Minister, mir geht es um etwas ganz Spezielles: Ich kann mich an Zeiten erinnern - das war zum Teil noch vor bzw. zu Beginn Ihrer Amtszeit -, als in großen Gesprächskreisen - man muß nicht mit allen Inhalten einverstanden sein, die dabei herausgekomen sind - Probleme gewälzt wurden, wie man die Justiz wohl modernisieren könnte. Papiere wurden gefertigt, und zwar mit fortlaufenden Nummern 1, 2, 3, 4, 5 und 6. Alles wurde schön aufgemacht und

(Lanfermann [F.D.P.]

(A)

zunächst fast wie eine geheime Staatssache behandelt. Irgendwann konnte man es dann doch lesen.

"Justiz 2 000" war das Schlagwort. Dort wollte man etwas reformieren. Man muß - wie gesagt - nicht mit allem einverstanden sein; nur wundert es mich doch ein bißchen, daß man jetzt überhaupt nichts mehr davon hört.

(Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Meistens ist ja die Not Vater oder Mutter weiterer Entwicklungen, und nicht so sehr allein die Aktivität und der Wille zur Reform. Deshalb frage ich mich, warum es durch die Diskussion um einen sicher auch schlankeren, effizienteren Staat, über eine bessere Verwaltung, über die Frage der Personalkosten - hier wird ja von 75 % geredet, was schon ein harter Brocken ist, um den herum man schlecht Haushaltspolitik machen kann; das wissen wir - nicht möglich sein sollte, unter diesen neuen Bedingungen - das sage ich mit allem Ernst - vom größten Bundesland aus das ein oder andere doch wieder in Bewegung zu bringen.

(B)

Möglicherweise sind ja auch die politischen Verbärterungen, die es einmal gegeben hat - ich nenne als Stichwort "Dreistufigkeit", was für manche ein Reizwort ist - etwas, das man unter den heutigen Gegebenheiten neu aufwärmen kann.

Immerhin haben wir uns ja über Inhalte - beispielsweise zur Qualität der gerichtlichen Arbeit einerseits und der Frage der Belastung und Streitwertgrenzen andererseits - gestritten. Ich denke, eigentlich müßte auch der Justizminister ein offenes Ohr dafür haben, ob man darüber nicht noch einmal im Rechtsausschuß spricht. Das wäre vielleicht sogar für den Minister eine Chance, sich ein bißchen zu profilieren. Das ist doch eine faire Angelegenheit.

(Heiterkeit des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Ich sehe, daß meine Redezeit zu Ende ist. Lassen Sie mich deshalb nur noch einen Satz sagen, dann brauchen wir nicht noch einmal jemanden hier ins Rennen zu schicken, Herr Präsident: Wir haben uns heute alle über den Artikel aus der Frankfurter Rundschau gefreut: "Lora, Papagei, zur Zeit JVA Werl, und die

fünf Erbsenschoten" - Ich kann die Lektüre wirklich nur jedem empfehlen.

Wenn wir natürlich unsere Ressourcen damit verschwenden, daß sich eine Reihe von Beamten, zwei Gerichtsinstanzen und ein Justizvollzugsamt damit beschäftigen, ob nun der Papagei fünf frische Erbsenschoten oder Petersilie bekommt - die Petersilie hat er ja auch bekommen, weil der Insasse Geburtstag hatte, nicht der Papagei -, und das wirklich solange dauert, Herr Justizminister, frage ich mich, ob man dort nicht auch irgendetwas reformieren kann.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD] und des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Nachdem eine Gerichtsinstanz gesprochen hatte, hätte der Anstaltsleiter - sozusagen als öffentliche Hand - vielleicht auf die Berufung bzw. Beschwerde verzichten können, selbst wenn er nachher gewonnen hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der F.D.P. - Minister Dr. Schnoor: Papageien werden sehr alt, Herr Lanfermann!)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion spricht der Abgeordnete Appel.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Männer und Frauen!

(Abgeordnete Thomann-Stahl [F.D.P.]: Frauen und Männer, bitte schön!)

- Nee, nee: "Männer und Frauen". Mir sin' ja für Gleichberechtigung.

Zeitweise 106 % beträgt die durchschnittliche Belegung im geschlossenen Vollzug. In einzelnen Strafanstalten gibt es weit höhere Überbelegungsquoten. Ein Drittel der männlichen und bis zu 50 % der weiblichen Einsitzenden sind drogenabhängig. Man muß inzwischen schon froh sein, daß ein Leiter einer JVA der Vollzugskommission berichten kann, daß nur

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

(A)

Drogen wie Cannabis oder Medikamente eingeschuggelt werden und es keine hohen Raten von Heroinkonsumenten gibt.

Trotzdem ist der Weg, an die Droge zu kommen, im Knast manchmal einfacher als draußen, mit allen Begleitumständen, die Handel und Beschaffung innerhalb besonderer Gewaltverhältnisse da noch haben.

Wohlverstanden, Herr Minister: Ich will hier nicht den Justizminister mangelnder Kontrollen zeihen. Das wäre Unsinn. Dafür ist er nun überhaupt nicht bekannt. Ich will vielmehr den Finger auf die Tatsache legen, daß der Strafvollzug nicht der richtige Ort ist, Drogenabhängigkeit zu behandeln. Wir könnten wahrscheinlich über 30 % der Haftplätze räumen, 30 % der Täter und 50 % der Täterinnen entlassen, wenn die unsägliche Prohibition von Drogen endlich der Einsicht weichen würde, daß mit ihr Sucht in dieser Gesellschaft nicht zu bekämpfen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier gäbe es dringenden Handlungsbedarf für einen Justizminister zu Landesinitiativen im Bundesrat, aber auch für Programme gegen Aids oder wenigstens die Abgabe von Einwegspritzen im Knast.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein immer größerer Teil von Haftinsassen sind inzwischen Ausländer. 42 % der U-Haft gehören dieser Gruppe an. Das liegt zum einen an der Praxis der Gerichte. Es fehlen aber auch Möglichkeiten, auf die besonderen Probleme dieser Gruppe der zum Teil zweiten und dritten Migrantengeneration besonders einzugehen. Denn sie sind natürlich vor allem von Problemen wie Ausbildungsmangel und geringeren Bildungschancen betroffen. Sie bräuchten deshalb auch besondere Resozialisierungsprogramme und -maßnahmen.

Die aktuellen Streichungen der Sozialhaushalte, Kürzung der ABM-Stellen der Bundesanstalt für Arbeit, die kommunalen Sparmaßnahmen treffen die vollzugsbegleitenden und nachsorgenden Maßnahmen besonders hart. Schuldenberatung, Drogen- und Aidskiften werden geschlossen, Knastinitiativen, die in ehren-

(C)

amtlichem Engagement durchgeführt werden, verlieren ihre wenigen hauptamtlichen Stützen. Die Folgen werden nicht lange auf sich warten lassen. Die Rückfallquoten werden möglicherweise steigen.

Jugendliche, die in der Unwirtlichkeit unserer Städte leben, die alles Leben auf Konsum und Kommerz ausrichten, die ohne Arbeitseinkommen immer leichter in Eigentumsdelikte gedrängt werden, die von rechtslastigen Strömungen aus der Mitte der Gesellschaft zu Rechtsextremisten werden, oder solche, die einfach keinerlei Möglichkeiten der Selbstverwirklichung angeboten bekommen, landen immer öfter in den Händen der Polizei und einige von ihnen im Jugendvollzug.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

der auf den Umgang mit Fußballhooligans oder jungen Neonazis in keiner Weise eingerichtet ist, keinerlei Konzepte hat. Dazu eine Öffentlichkeit, die immer mehr Minderheiten ausgrenzt, gegen andersartige und auffällige Menschen - und das sind auch Strafgefängene, die in die Gesellschaft zurückkommen und mit Unverständnis, Intoleranz bis hin zum Haß und dem Verlangen nach kurzem Prozeß reagieren.

Und last but not least: Beamte und Angestellte im Justizvollzug, die im Besoldungsgefüge des öffentlichen Dienstes ganz unten stehen, die ihre wahrhaftig immer schwieriger werdende Arbeit tun müssen und bei denen eigentlich wie bei der Polizei längst die Frage der höheren Qualifizierung, der besseren Besoldung und Ausbildung auf die Tagesordnung gesetzt werden müßte.

(D)

Ein Haufen ernster Probleme für einen Justizminister, könnte man meinen. Handlungsbedarf, neue Ideen, Lösungen brennen auf den Nägeln. Was tut aber dieser Justizminister? Die Hauptprobleme seines Hauses sind wahrhaft von großem Gewicht. Da muß die Anzahl der genehmigten Regalbretter und die Frage eines Sperrmüllmöbels der JVA Schwerte geklärt werden. Anstaltsleitern, die klug handeln, indem sie den Gefangenenzeitungen nicht jede Kritik am Vollzug zensieren, die es den Gefangenen ermöglichen, auch einmal Dampf abzulassen und demokratisches Verhalten einzuüben, wird die Herausgeber-schaft der Blättchen entzogen, weil dort Majestäts-

(Appel [GRÜNE])

(A)

beleidigungen in Form von Ministerrücktrittsforderungen stattgefunden haben.

Oder Sie legen nach entsprechendem Begehren der F.D.P., die den Jungen Liberalen 180 000 DM im Jahr aus dem Landesjugendplan mehr verschaffen möchte, der Generalbundesanwaltschaft ein Flugblatt der den GRÜNEN nahestehenden Jungdemokratinnen zur Verdachtsprüfung nach § 129 a StGB vor. Der deutsche Herbst 1977 läßt grüßen - und die Kleinlichkeit und Peinlichkeit dieses Justizministers und übrigens der F.D.P. in dieser Frage auch. Sie haben manches noch nicht überwunden, Frau Kollegin.

Die Frage, ob ein lebenslänglich Sicherheitsverwahrter - der Kollege Lanfermann hat es zu Recht angesprochen -, der vielleicht die Freiheit nie mehr sieht, für seinen Papagei zwei Erbsenschoten und ein Sträußchen Petersilie bekommen darf, die beschäftigt nicht nur die Justizvollzugsämter und Oberverwaltungsgerichte, sondern auch das Justizministerium, weil der Justizminister zu seinem Leitsatz erhoben hat, daß die Gefängnisse kein "Hotel Gitterblick" sein dürfen - so seine Worte hier im Hause.

(B)

Welch ein Abgrund tut sich auf, wenn man daran denkt, wie der verehrte Kollege Dr. Klose am 9. März dieses Jahres an die reformerische Tradition dieses Landes im Justizvollzug erinnert hat, die sich mit Namen wie Dr. Neuberger, Dr. Diether Posser und Staatssekretär Prof. Dr. Ulrich Klug verbinden. Sie haben sich, Herr Justizminister Krumsiek, den Titel "Erbsenzähler" wahrlich im Schweiße Ihres Füllfederhalters verdient. Die politischen Abnutzungserscheinungen dieser Landesregierung sind an Ihrem Hause wohl am deutlichsten zu sehen. Während in anderen Bundesländern längst über neue Vollzugskonzepte wie den Täter-Opfer-Ausgleich, intensiv diskutiert wird, ist es hier im Lande Sache der Opposition, dieses Thema im Ausschuß auf die Tagesordnung zu setzen.

Deshalb stellen wir heute den Antrag - offensichtlich ist auch das unsere Aufgabe -, den Ettattitel für eine ganz wesentliche Knastnachsorgeeinrichtung, den Verein Maßstab e. V. in Köln, zu erhalten, eine Einrichtung, für die sich übrigens auch die SPD in Köln mit Vehemenz eingesetzt hat.

(C)

Wenn etwa im Vollzug Sozialarbeiter Konzepte zu regional organisierter schrittweiser Resozialisierung, wie sie der Kollege Lanfermann hier angesprochen hat, vorschlagen, dann findet das in Ihrem Hause offensichtlich kaum Beachtung. Anstatt von den Möglichkeiten des Strafvollzugsgesetzes zu Halbstraferegelungen und zu Zweidrittelstraferegelungen mehr Gebrauch zu machen, die Gerichte zur Anwendung zu ermuntern, ist auch hier nichts als Funkstille.

Dagegen gilt Ihr besonderes Engagement neuerdings dem Vollzug der Abschiebehaft oder, besser gesagt, dessen Kaschierung vor der Öffentlichkeit. Etwa 120 Abschiebehäftlinge gab es im Jahresdurchschnitt 1990/91 in Nordrhein-Westfalen. 880 sind es am Ende dieses Jahres. Durch die Kriminalisierung von Zuwanderern, durch das Pseudo-Asylrecht und mangels Migrationsgesetzgebung wird die Zahl illegaler Menschen noch steigen.

Was tut diese Landesregierung? Nicht nur, daß sie für den Strafvollzug als inhuman befundene JVA wie Gütersloh wieder eröffnet und erweitert - von 68 auf 86 Plätze -, postiert dieser Justizminister von privaten Wachdiensten betreute Container als Hilfsabschiebegefängnis auf dem Sportplatz der Bereitschaftspolizei Wuppertal. Und das verkauft er uns noch als besonderes Sparmodell mit besonderer Sicherheit! Das ist erst der Einstieg für private Wachmannschaften, die auch die neu eröffnete Kaserne in Büren bewachen und betreuen sollen - Personen, die zum Beispiel bei der Essensausgabe, bei der Begleitung unter die Dusche oder auch bei der Begleitung in verschlossene Räume natürlich zweifellos und zwangsläufig Grundrechtseingriffe durchführen, wenn sie Menschen in besonderen Gewaltverhältnissen,

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

wenn sie Menschen in Abschiebehaftanstalten betreuen. Wir sind der Meinung, das darf nicht von "Schwarzen Sheriffs" gemacht werden. Dies ist eine unzulässige Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols und staatlicher hoheitlicher Aufgaben. Wir sprechen uns dagegen aus, wir halten diese Praxis für unerträglich, und wir werden schon aus diesem Grund gegen Ihren Haushalt stimmen.

(Appel [GRÜNE])

(A)

Im Justizbereich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird meines Erachtens in diesem Bundesland dasselbe Phänomen deutlich, was in diesen Tagen der Kollege Verheugen zutreffend mit "Kanzlerdämmerung" bezeichnet hat. Wir haben es hier mit einer ganz gehörigen "Ministerdämmerung" zu tun, und ich sage Ihnen, Herr Justizminister: Wir werden Sie nicht darin stören; dämmern Sie weiter! Am 31. Mai 1995 klingelt der Wecker der Wahlperiode. Und dann: Auf Wiedersehen! - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Justizminister Dr. Krumsiek, bitte.

Justizminister Dr. Krumsiek: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedaure eigentlich sehr, daß die Justiz immer so spät ihren Haushalt berät.

(Zuruf von der F.D.P.: Aber dafür lustig!)

Dabei ist von Herrn Appel zum Schluß eine Vielzahl von Problemen angesprochen worden, die er besser im Rechtsausschuß im Detail diskutiert

(B)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Da kommt er aber nicht!)

und für die er dort auch Antworten von mir bekommen hätte, denn sie sind in der Sache durchaus wert, daß man sich darüber unterhält.

Nun, meine Damen und Herren, ich will, Herr Kollege Hahn, meine Enttäuschung nicht verhehlen, daß gerade diejenigen, die das große Insiderwissen haben, sich hier hinstellen und mithelfen, die Justiz kaputtzureden. Ich mache mir das, was im "Spiegel" geschrieben wird, nicht zu eigen, und ich berufe mich nicht auf den "Spiegel". Sie sitzen hier dreieinhalb Jahre im Landtag und im Rechtsausschuß und hätten doch Ihr Fachwissen einbringen können, über das Sie verfügen. Sie hätten das doch darstellen können. Sie unterscheiden sich nicht von dem Behördenleiter, der fünfzehn Jahre kassiert hat, den Mund gehalten hat,

und anschließend in der Zeitung steht und sagt, das und das hätte man alles machen können.

(C)

Ich will Ihnen sagen, ich habe allen Grund, mich vor die Justiz zu stellen und den bediensteten Richtern, Staatsanwälten, Mitarbeitern und dem Vollzug, die in einer schwierigen Zeit ihre Aufgabe erfüllen, herzlich zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Dank spreche ich auch aus, weil ich weiß, daß es für sie noch schwieriger werden wird, weil sie nämlich keine zusätzlichen Stellen bekommen und weil wir unter Umständen mit noch weniger Geld auskommen müssen. Wir versuchen ja, Teile zu privatisieren. Da sind Sie von der CDU-Fraktion doch gerade die ersten gewesen, die mich gefragt haben, ob das denn sein dürfte, ob das denn so sein müßte, weil doch da hoheitliche Aufgaben wahrgenommen würden.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wahrgenommen werden!)

Ich habe mich, meine Damen und Herren, für das Rechtspflegeentlastungsgesetz eingesetzt. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mich bei der Heraufsetzung der Wertgrenzen unterstützt haben.

(D)

Aber wer hat mich denn ausgebremst, als es darum ging, Rechtsmittel zu verkürzen? Das sind Sie doch gewesen! Sie haben doch im Rechtsausschuß Beschlüsse gefaßt, und jetzt beklagen Sie das hier.

Wer ist denn das gewesen, der in letzter Minute im Bundestag eingebracht hat, daß die Strafgewalt der Schöffengerichte erweitert worden ist? - Das ist doch der jetzige Vorsitzende des Rechtsausschusses, Herr Eylmann, gewesen, der das, ohne die Landesjustizverwaltungen gefragt zu haben, hineingebracht hat. Sie haben immer gesagt, auf Rechtsmittel dürfe nicht verzichtet werden, das verletze den Rechtsstaat, und jetzt kommen Sie her und sagen, es könnte noch viel mehr gemacht werden, beweisen Sie einmal Ihre reformerischen Ideen, setzen Sie sich einmal dafür ein, dann können Sie endlich etwas erreichen!

(Minister Dr. Krumsiek)

(A)

Wenn Sie mir dafür die Mehrheit im Deutschen Bundestag verschaffen, bin ich der erste, der das mitmachen wird. Aber vielleicht kommt das ja anders.

Meine Damen und Herren! "Maßstab e. V." ist hier angesprochen worden. Ich will Ihnen nur sagen, wir geben 1,55 Millionen DM an neun verschiedene Institutionen und Verbände. Wir haben diese vier Beratungsstellen in Gelsenkirchen, Duisburg, Düsseldorf und Hagen. Wir fördern in Köln den Verein "Waage" mit 97 000 DM, und wir geben 150 000 DM für verschiedene Wohlfahrtsverbände aus. Da meine ich, daß es weder vertretbar noch möglich gewesen wäre - so sehr ich die Arbeit von "Maßstab" begrüße und auch unterstütze, sie ausdrücklich anerkenne -, angesichts der Haushaltssituation eine Aufnahme von "Maßstab" zu bejahen, ohne die Leistung der vier vorhandenen Stellen zu beeinträchtigen. Das wollte ich nicht, und das wollte dann auch die Ausschlußmehrheit nicht.

Herr Kollege Lanfermann, Sie haben die EDV-Ausstattung angesprochen. Sie haben die Schwierigkeiten bei den Mahnbescheiden in Düsseldorf zur Sprache gebracht. Das ist gar nicht zu verhehlen. Sie wissen, daß wir die Mahnverfahren für die OLG-Bezirke Hamm und Köln automatisiert haben und daß wir bei Düsseldorf Schwierigkeiten haben, daß wir deswegen auch Düsseldorf bewußt nicht angeschlossen haben, sondern für Düsseldorf eine isolierte Lösung suchen.

(B)

Bei der Datenverarbeitung werden wir im nächsten Jahr 35 Millionen DM ausgeben. Das sind 9 Millionen DM mehr als in 1993, und das ist ja schon einmal etwas, wenn man von 26 Millionen DM auf 35 Millionen DM steigert.

Nun will ich noch ein paar Worte zum Vollzug sagen. Ich will da nicht auf plakative Aussagen eingehen. Der Vollzug kann die Drogenproblematik nicht lösen, die die Gesellschaft bisher auch nicht gelöst hat. Natürlich quellen zur Zeit unsere Haftanstalten über. Wir haben über 17 000 Gefangene mehr, als wir in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren gehabt haben. Aber wir bauen die Haftanstalt Aachen, wir bauen die Abschiebehaftanstalt in Büren - das mag manchem nicht gefallen, aber ich bin froh darüber, daß wir das tun; sie wird im Januar/Februar in Betrieb gehen -, und wir haben im Haushalt eine neue Haftanstalt,

(C)

nämlich Gelsenkirchen, als Ersatz für Essen mit einem Volumen, bei dem man noch nicht weiß, wie hoch es sein wird, aber etwa 180 Millionen DM. Da können Sie doch nun der Landesregierung nicht vorwerfen, sie vernachlässige den Vollzug!

Nun will ich aber nicht auf den Landesrat eingehen, der sich heute in einer der Zeitungen verbreitet hat. Man merkt das ja aus Beiträgen, was die Redner morgens gelesen haben.

Beim Maßregelvollzug, meine Damen und Herren, sind wir doch an die gerichtlichen Entscheidungen gebunden, in welcher Reihenfolge wo eingewiesen wird: erst in einer Anstalt des Maßregelvollzugs oder erst bei uns. Das umzudrehen ist gar nicht so einfach. Das wissen Sie als Richter wie ich.

Zu dem Papagei Lora und den Erbsenschoten! Meine Damen und Herren, wir bewachen doch keine Jungfrauenkongregationen. Wenn ein Anstaltsleiter der Auffassung ist, daß das Hineinbringen von Erbsenschoten zur Papageienfütterung untersagt wird, wird er sich wohl etwas dabei gedacht haben.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber er muß sie erst einmal untersuchen!)

(D)

- Er kann nicht jede Schote untersuchen. Sie hätten sich einmal darum kümmern sollen, was so ein Anstaltsleiter alles zu tun hat! Da werden ja heute nicht mehr die Sägeblätter in Broten hineingeschmuggelt, sondern das ist der Joint hinter der Briefmarke, das ist der Schwefelkopf an Streichhölzern, der abgemacht und aus dem nachher Sprengstoff hergestellt wird. Sie ahnen ja gar nicht, auf welche Ideen die Leute kommen, die 24 Stunden nichts zu tun haben und nur überlegen, was sie machen können. Daß da ein Anstaltsleiter sagt: "Ich lasse das nicht zu" - aus welchen Gründen auch immer -, das kann ich verstehen. Und wenn er dann durch ein Oberlandesgericht in seiner Entscheidung bestätigt wird, dann respektiere ich das ebenfalls.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Minister Dr. Krumsiek: Ja!)

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

- Bitte, Herr Kollege Vesper!

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):** Herr Minister Krumsiek, welche Waffen könnten denn nach Ihrer langjährigen Erfahrung als Justizminister in einer Erbse versteckt sein? Können Sie dem Haus darüber einmal Auskunft geben?

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Haben Sie noch nie etwas von Knallerbsen gehört?)

**Justizminister Dr. Krumsiek:** Es müssen nicht unbedingt Waffen hineingeschmuggelt werden. Wenn nur Heroin oder andere Rauschgifte hineingeschmuggelt werden, ist das schon schlimm genug. Ihr verhinderte Justizminister mit der bunten Kleidung ist doch derjenige, der mich hier immer anprangert, daß die Kontrollen zu scharf seien. Und wenn dann kontrolliert wird, wird noch genüßlich vorgetragen - nach der Art einer späten Karnevalssitzung -, was die sich denn da wohl wieder hätten einfallen lassen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Haben Sie denn mal einen ... Papagei gesehen?)

(B)

Ich würde Ihnen raten: Gucken Sie sich das an. Sie sollen ja auch inzwischen eine Anfrage dazu gestellt haben. Die werden wir ganz korrekt und rite beantworten, wie wir das immer machen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, dem Haushalt der Justiz zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6454 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Trotzdem war es

(C)

eine Besonderheit; es ist einmal etwas anders als in den letzten zwei Tagen üblich abgestimmt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 11/6404. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist damit der Einzelplan 04 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6404 in zweiter Lesung angenommen worden.

Ich rufe Nummer 8 auf:

**Einzelplan 13: Landesrechnungshof**

Auch hier gibt es eine Beschlussempfehlung, Drucksache 11/6413. Ich eröffne die Beratung. - Es ist keine gewünscht. Ich schließe diese.

Ich frage Sie, ob Sie entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6413 den Einzelplan 13 in zweiter Lesung annehmen wollen. Wer dies möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die CDU hat nicht mitgestimmt!)

(D)

- Sie ist jetzt sowieso nicht mehr so stark.

Ich rufe Nummer 9 auf:

**Einzelplan 12: Finanzministerium**

in Verbindung damit:

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**

und

**Haushaltsgesetz 1994**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 11/6400, 11/6412 und 11/6420 sowie auf die Änderungsanträge